

Für einen neuen europäischen Aufbruch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in: Sara Nanni (Münster KV)

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 38 bis 39 einfügen:

Machtwirtschaft. Und sie thematisiert unsere internationale Verantwortung bei der ökologischen Transformation. Frieden und Gerechtigkeit in der Welt ermöglichen heißt, auf schädliche Politiken zu verzichten und eine stärkere Europäisierung der Außen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheits - politik anzustreben. Es heißt auch, internationale Institutionen zu stärken, gerade dann, wenn andere sie schwächen wollen. Kein Land ist allein in der Lage, den internationalen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Es heißt, endlich eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu betreiben und durch eine gerechte Gestaltung der Globalisierung Staaten in der Entwicklung Wohlstand zu ermöglichen. Die EU muss verstärkt auf Diplomatie und zivile Krisenprävention, Abrüstung und Multilateralismus setzen - nur so kann sie den Weltfrieden fördern.

Begründung

Ähnlich wie Ergänzung 5. Ziel.

Die internationale Dimension der EU ist nicht zu unterschätzen und bedarf u. M. n. einer expliziten Erwähnung. Auch jenseits der Klima- und Ökologiefragen

weitere Antragsteller*innen

Marcel Ernst (Göttingen KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Georg Buchwieser (Garmisch-Partenkirchen KV); Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Clemens Rostock (Oder-Spree KV); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); René El-Saman (Bonn KV); Igor Leonidovic Fayler (Berlin-Neukölln KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Berti Furtner-Loleit (München KV); Christian Kokot (Berlin-Spandau KV)